



2026/17 Inland

<https://jungle.world/artikel/2026/17/zahl-wohnungsloser-kinder-jugendlicher-gestiegen-kindheit-ohne-wohnung>

Die Zahl der wohnungslosen Kinder und Jugendlichen ist gestiegen

Kindheit ohne Wohnung

Kolumne »Deutsches Wohnen« von **Merle Stöver**

Die stark ansteigenden Zahlen wohnungsloser Minderjähriger und junger Erwachsener zeigen, wie weit entfernt die Bundesregierung davon ist, Wohnungslosigkeit bis 2030 zu überwinden. Eine Kolumne über Wohnungs- und Obdachlosigkeit.

Die Zahl der wohnungslosen Minderjährigen hat sich in Deutschland von 2022 bis 2025 fast verdreifacht. Das geht aus einer kürzlich veröffentlichten Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linkspartei hervor. 137.000 Kinder und Jugendliche waren der Statistik der Bundesregierung zufolge im Jahr 2025 in Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe untergebracht. 2022 waren es demnach noch 47.200 Minderjährige gewesen.

Auch unter den jungen Erwachsenen ist die Zahl gestiegen: Nach Angaben der Bundesregierung waren es 2022 noch knapp 19.000, mittlerweile sind es über 55.000 Menschen im Alter zwischen 18 und 25 Jahren, die als wohnungslos geführt werden.

Die Dunkelziffer dürfte sogar noch höher sein. In der Statistik der Bundesregierung werden lediglich Personen gezählt, die zum Stichtag der Erhebung in einer Einrichtung der Wohnungslosenhilfe untergebracht sind. Die Zahl derjenigen, die auf der Straße schlafen oder sich in verdeckter Wohnungslosigkeit befinden, also etwa bei Bekannten auf dem Sofa unterkommen, wird im Auftrag des zuständigen Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bau lediglich im Zweijahresrhythmus geschätzt. Aktuelle Zahlen liegen derzeit nicht vor. 2024 wurden hier 119 obdachlose und 35 verdeckt wohnungslose Minderjährige gezählt. Zum Vergleich: 2022 erwähnte der Bericht nur 37 Kinder und Jugendliche, die zu dem Zeitpunkt auf der Straße lebten.

14- bis 18jährige Wohnungslose sind sie die Altersgruppe, die statistisch gesehen am längsten in solchen Unterkünften lebt.

Für den heftigen Anstieg der Zahlen gab die Bundesregierung zwei Gründe an. Zum einen sei die Datenerhebung in den vergangenen Jahren deutlich verlässlicher geworden. Zum anderen würden seit 2023 auch Geflüchtete mitgezählt, die trotz erfolgter Anerkennung weiterhin in Gemeinschaftsunterkünften wohnten. Hier habe etwa der Zuzug von Ukrainer:innen seit Beginn

des russischen Angriffskriegs 2022 erheblichen Einfluss auf die Statistik.

Eine ausreichende Erklärung ist das jedoch nicht. Einzelne Veränderungen in der Statistik scheinen so zwar verständlicher, doch das grundsätzliche Problem, dass Tausende Minderjährige in Deutschland oft jahrelang in Notunterkünften wohnen, bleibt bestehen. Auch hier sind die Zahlen für das Jahr 2025 erschreckend: 2023 waren nach Angaben der Bundesregierung beispielsweise 14- bis 18jährige Wohnungslose im Schnitt noch etwa 117 Wochen in kommunalen Notunterkünften untergebracht, im vergangenen Jahr hingegen seit fast 150 Wochen – das sind beinahe drei Jahre. Damit sind sie die Altersgruppe, die statistisch gesehen am längsten in solchen Unterkünften lebt. Was eigentlich als Notlösung und zur Abwendung von Obdachlosigkeit gedacht ist, scheint der Bundesregierung als Dauerprovisorium zu gelten. Das zeugt von einem fundamentalen wohnungspolitischen Versagen.

Die meisten wohnungslosen Minderjährigen werden gemeinsam mit ihren Eltern in Notunterkünften untergebracht. Oft geschieht dies infolge einer Zwangsräumung oder einer anderweitigen Kündigung des Mietverhältnisses, wenn die Familie nicht rechtzeitig auf dem Wohnungsmarkt eine für sie bezahlbare neue Wohnung findet. Nur selten sind die verfügbaren Einrichtungen auf den Grundbedarf von Kindern und Jugendlichen ausgerichtet, oft werden Familien obendrein zwischen den Unterkünften hin- und hergeschoben.

Scheitern des 2024 gefassten Nationalen Aktionsplans

Eine weitere wachsende Gruppe in den Einrichtungen sind sogenannte *care leavers*: Das sind junge Erwachsene, die bislang zum Beispiel in Einrichtungen der Jugendhilfe oder einer Pflegefamilie gelebt haben, diese aber im Alter von 18 Jahren verlassen müssen. Sie verfügen oft über keine familiäre Unterstützung und sind plötzlich auf sich allein gestellt.

Die in erschreckendem Tempo steigenden Zahlen wohnungsloser Minderjähriger und junger Erwachsener führen wieder einmal das Scheitern des 2024 gefassten Nationalen Aktionsplans vor Augen, auf dessen Grundlage sich die Bundesregierung die Beendigung der Wohnungslosigkeit in Deutschland bis 2030 zum Ziel gesetzt hat. Es fehlt schlichtweg an Konzepten, die etwa den Übergang von Jugendlichen aus der Jugendhilfe in ein selbständiges Leben erleichtern oder Familien davor schützen, ihre Wohnung zu verlieren. Gerade da sieht es düster aus. Schließlich tut die Bundesregierung mit der mittlerweile beschlossenen Reform des Bürgergeldes, was sie kann, damit Menschen in Armut nach drei verpassten Terminen im Jobcenter selbst noch die Kostenübernahme für Miete und Heizung gekürzt wird.